

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 30. Jänner 1981

Blatt 209

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet:
(violett)

Gedenktafel für Prof. Schönbauer enthüllt

Kommunal:
(rosa)

Wiener Gemeinderat
Schülerbeschreibungsbogen wird abgeschafft

Lokal:
(orange)

Wiener Schulservice im Stadtschulrat: 93 47 60

Nur
über FS:

30.1. Fernseher steckte Wohnung in Brand
U 1 fünf Tage nur bis Stephansplatz

.....
Bereits am 29. Jänner 1981 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Gedenktafel für Prof. Schönbauer enthüllt

=++++

12 Wien, 29.1. (RK-KOMMUNAL) Im Hof der 1. Chirurgischen Universitätsklinik im Allgemeinen Krankenhaus wurde Donnerstag in Anwesenheit von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Abgeordneten des National- und Gemeinderates sowie Vertretern der medizinischen Fakultät, des Wissenschafts- und Gesundheitsministeriums die Enthüllung einer Gedenktafel für Univ.-Prof. Dr. SCHÖNBAUER vorgenommen.

Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher hob in seiner Laudatio die besonderen Verdienste Prof. Schönbauers in den letzten Kriegstagen des Jahres 1945 zur Erhaltung des Allgemeinen Krankenhauses hervor. Mit Unerschrockenheit und persönlichem Einsatz hielt er sowohl die zurückweichenden deutschen Truppen, eine SS-Einheit, als auch die nachfolgenden sowjetischen Truppen davon ab, das Areal des Allgemeinen Krankenhauses zum Kriegsschauplatz zu machen. Nicht unerheblich war dabei die Tatsache, daß Prof. Schönbauer in diesen Nachkriegstagen einen hohen sowjetischen Offizier unter sehr dürftigen medizinisch-technischen Möglichkeiten erfolgreich operierte.

Ein weiterer prominenter Patient war in diesen Tagen auch der Sohn des sowjetischen Außenministers Molotwow, der gleichfalls erfolgreich von Schönbauer behandelt wurde. Schönbauer sei, wie Prof. Stacher betonte, nicht nur ein Arzt gewesen, sondern habe auch die damit verbundene notwendige Humanität gehabt. Univ.-Prof. Dr. Wilhelm Auerswald, Dekan der medizinischen Fakultät, hatte einleitend einen Überblick über Schönbauers medizinischer Laufbahn, vom Schüler Eiselsbergs, Mitarbeiter Sauerbruchs, bis zum Chef des Allgemeinen Krankenhauses gegeben. Sein Wirken auf dem Gebiet der Chirurgie war richtungsweisend, so entstand unter ihm das Spezialgebiet plastische Chirurgie. (Schluß) zi/bs

Wiener Schulservice im Stadtschulrat: 93 47 60

=++++

2 #Wien, 30.1. (RK-LOKAL) Um die Partnerschaft zwischen Eltern, Lehrern und Schülern zu fördern, wurde über Auftrag des Amtsführenden Präsidenten des Wiener Stadtschulrates, Hans MATZENAUER, eine neue Kontaktstelle geschaffen, die die Bezeichnung "Wiener Schulservice" trägt.#

Die neue Stelle wird über folgende Themen informieren:

- o gesetzliche Bestimmungen
- o Schularten
- o spezielle Einrichtungen im Wiener Schulwesen
- o Schulreform und Schulversuche
- o Materialien für den Unterricht
- o Möglichkeiten der Fortbildung u. ä.

Wünsche, Anregungen und Beschwerden werden an die zuständigen Schulaufsichtsbeamten beziehungsweise Schulleitungen weitergeleitet. Falls es notwendig ist, werden auch gemeinsame Aussprachen vermittelt.

Allerdings soll die neue Stelle mehr der Information und Beratung dienen. Sie ist nicht in erster Linie als reine Beschwerdestelle gedacht.

Die Telefonnummern des "Wiener Schulservice": 93 47 60 und 93 46 16, Klappe 211 und 245.

Schriftliche Anfragen können an folgende Adresse gerichtet werden: Stadtschulrat für Wien, "Wiener Schulservice", 1010 Wien.

Die neue Servicestelle wird am Montag, dem 9. Februar ihren Betrieb aufnehmen und von Montag bis Freitag zwischen 8 und 15 Uhr zur Verfügung stehen. (Forts. mgl.) emw/gg

NNNN

Schülerbeschreibungsbogen wird abgeschafft

=++++

10 #Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) Wie Stadtschulratspräsident Hans MATZENAUER mitteilt, wird der dem Schülerstammblatt beiliegende Erziehungsbogen mit Beginn des kommenden Schuljahres ersatzlos abgeschafft. #

Dieser Erziehungsbogen, der im Volksmund allgemein "Schülerbeschreibungsbogen" genannt wird, ist seit Jahren Gegenstand heftiger Kritik. Nicht nur Elternvertreter, sondern auch Lehrer haben heftig für die Abschaffung des Erziehungsbogens plädiert. Da die gesetzlichen Bestimmungen die Führung des Erziehungsbogens nicht ausdrücklich vorschreiben, hat somit Wien sich als viertes Bundesland dazu entschlossen, in Zukunft auf den "Schülerbeschreibungsbogen" zu verzichten. (Schluß) emw/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

3 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat trat am Freitag unter dem Vorsitz von GR. MAYERHOFER (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde. Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP), ob er bereit sei, mit dem Bund darüber zu verhandeln, daß das neue österreichische Konferenzzentrum bei der UNO-City nicht errichtet wird, und daher auch die Stadt Wien von ihren finanziellen Verpflichtungen zurücktreten kann, antwortete Bürgermeister GRATZ: Nach Prüfung aller Unterlagen "nein". Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob er den Ausbau des Konferenzzentrums für wichtiger als den Ausbau der U-Bahn halte, antwortete Gratz, daß die Entscheidung für den Bau des Konferenzzentrums bereits in den Jahren 1967/69 getroffen worden ist. Da die Finanzierung des Konferenzzentrums langfristig mit Fremdmitteln erfolgt, würde die mögliche Einsparung, wenn es nicht gebaut wird, insgesamt knapp 1,5 Milliarden Schilling - und 35 Prozent davon für Wien - betragen. Dies würde aber bedeuten, daß ein Betrag von 5 Milliarden Schilling in Wien für die Wiener Wirtschaft nicht eingesetzt werden könnte. Als Äquivalent dafür stünden in diesem Fall lediglich rund 500 Millionen seitens der Stadt Wien für andere Zwecke zur Verfügung. Auch aus diesem Grund sei dem Bau des Konferenzzentrums der Vorzug zu geben. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er bereit sei, eine Volksbefragung darüber durchzuführen, ob das Konferenzzentrum gebaut werden soll, oder der 35prozentige Kostenanteil der Stadt Wien für den U-Bahn-Bau verwendet werden soll, antwortete Gratz, daß mit dem Beschluß des Nationalrates über das IAKW-Gesetz im Jahr 1979 eine von der Regierung Klaus gegenüber der UNO eingegangene vertragliche Verpflichtung eingehalten wurde. Ein kleines Land kann nur dann existieren, betonte Gratz, wenn die Vertragstreue aller Partner (zum Beispiel im Bereich der Energieversorgung) unbestritten ist. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

4 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) Die von GR. Hahn formulierte Fragestellung ist falsch, sagte Gratz. Es geht vielmehr darum, ob eine Summe von 5 Milliarden Schilling in Wien flüssig gemacht wird, oder ob ein Zehntel dieses Betrages von Wien allein für andere Zwecke eingesetzt werden kann. (Forts.) ger/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ANFRAGE von BR. ARTHOLD (ÖVP), ob es konkrete finanzielle Zusagen der Stadt Wien betreffend den Bau einer Landesschießstätte in Stammersdorf gibt, sagte Stadtrat SCHIEDER es bestehe die Bereitschaft, diesen "Landeshauptschießstand" zu fördern, konkret werde darüber noch im Ausschuß für Umwelt und Freizeit entschieden werden. In seiner ERSTEN ZUSATZFRAGE wies Arthold darauf hin, daß vor Jahren bereits für einen Schießstand in Süßenbrunn von der Gemeinde zwei Millionen zur Verfügung gestellt worden seien. Wolle man also zwei gleichartige Sportstätten fördern? Schieder antwortete, daß der ursprüngliche Plan, Süßenbrunn zum Landeshauptschießstand zu machen, vom Sportschützenlandesverband zugunsten von Stammersdorf geändert wurde. Dieser Stand werde internationales Wettkampfformat haben und daher solle sein Bau unterstützt werden. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, welche nicht im Budget ausgewiesenen Mittel für Sportstätten zur Verfügung gestellt werden, antwortete Schieder, das könne er nicht im Detail sagen, bei größeren Beträgen habe darüber der Gemeinderatsausschuß für Umwelt und Freizeit zu entscheiden. (Forts.) gab/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Dipl. Ing. Dr. PAWKOWICZ, welche Überlegungen für die Gründung einer Wochenzeitung für die Bediensteten der Stadt Wien maßgebend gewesen seien, sagte Stadtrat SCHIEDER, eine solche Wochenzeitung habe es in verschiedenen Formen bereits gegeben, sie sei also nichts unübliches. Wesentliche Aspekte für die Herausgabe einer Wochenzeitung seien die Motivation und Information der Mitarbeiter der Stadt, was auch im Interesse aller Bürger von Wien liege. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob diese Zeitung nicht der interne Ausgleich für die freie Presseberichterstattung zum Beispiel im Fall des AKH sein solle, sagte Schieder, in dieser Form könne man das nicht sagen. Freilich solle die Zeitung eine Gesamtdarstellung aller die Stadt Wien betreffenden Dinge geben und auch die Argumente des eigenen Hauses darlegen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob man nicht das durch die neue Wochenzeitung finanziell beschnittene Monatsmagazin "Wien Aktuell" durch die Einstellung der "24 Stunden" mit den dadurch freiwerdenden Mitteln unterstützen könne, sagte Schieder, die "24 Stunden" haben eine andere Aufgabe. Sei geben Auskunft über die Verkehrsbetriebe und andere Einrichtungen der Stadt und sind für alle Wiener da. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Dkfm. AMMANN (ÖVP), ob die Absicht bestehe, auf dem Rosenhügel eine Wohnhausanlage zu errichten, antwortete Stadtrat WURZER, daß die Fläche derzeit bereits eine Baulandwidmung habe. Das Areal sei für Bauten für öffentliche Zwecke gewidmet und soll nun eine Wohnbau-Widmung erhalten. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob es der Planungsstadtrat für vertretbar halte, an dieser Stelle eine Wohnhausanlage zu errichten, sagte Wurzer, daß möglichst viele Menschen die Möglichkeit erhalten sollen, in einer schönen Wohnumgebung zu leben. Der Bau einer Wohnhausanlage würde keine Verschlechterung der Umwelt mit sich bringen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach dem Baubeginn antwortete Wurzer, daß zunächst nach gründlicher Überprüfung der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan abgeändert wird. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von BR. Gertrude STIEHL (SPÖ), ob die Gaslieferungen der Sowjetunion nach Österreich gekürzt würden, antwortete Stadtrat NITTEL, daß im ersten Quartal mit Minderlieferungen von 232 Millionen Kubikmeter Gas zu rechnen sei. Schwankungen bei den Lieferungen habe es auch schon früher gegeben. Es besteht die Zusage, von der Sowjetunion, daß das Gas in den Sommermonaten zur derzeit geltenden Preisvereinbarung nachgeliefert wird. Da große Vorräte in Österreich angelegt wurden, wird es zu keinen spürbaren Auswirkungen für den Konsumenten kommen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach der Gasversorgung für die kommenden Jahre, sagte Nittel, daß drei Gaslieferungsverträge mit der Sowjetunion bestehen. Die entfallenden iranischen Gasmengen können aus den heimischen Speichern ersetzt werden. Derzeit gibt es Gespräche für neue Gaslieferungsverträge mit der Sowjetunion und mit Algerien. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

11 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. MICHALICA (SPÖ), wieviele Betriebe im ersten Halbjahr 1980 von der Stadt Wien beziehungsweise der Wiener Betriebsansiedlungsgesellschaft angesiedelt wurden, antwortete Stadtrat MAYR (SPÖ): Mit 56 Betrieben wurde in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres das gute Jahresergebnis des Jahres 1977 (53 Betriebe) bereits übertroffen. Es wurden 250.000 Quadratmeter aufgeschlossenes Betriebsbaugelände zur Verfügung gestellt, auf dem Arbeitsplätze für 2.700 Menschen geschaffen werden. Dazu kommt noch die Ansiedlung von General Motors mit 2,5 Millionen Quadratmetern und 1.500 Beschäftigten in der ersten Ausbaustufe.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von Gr. MRKVICKA (SPÖ) nach der konditionellen Ausstattung der im Oktober 1980 von der Stadt Wien aufgelegten 100 Millionen sfr.-Anleihe, antwortete Stadtrat MAYR, daß die Kuponverzinsung bei 5 7/8 Prozent p. a. lag. Das ist nur um ein Achtel Prozent unter der Weltbankanleihe, und Wien ist damit eine "erste Adresse" auf dem Kapitalmarkt. Die Laufzeit beträgt zehn Jahre, davon sind fünf tilgungsfrei, die durchschnittliche Laufzeit beträgt also acht Jahre. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach der Verwendung des Erlöses antwortete Mayr, daß der gesamte Betrag für Investitionen im Bereich des Nahverkehrs ausgegeben wird. Die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach der Höhe des Nettoerlöses, beantwortete Mayr mit 755,096.655 S. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

12 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) Die ACHTE ANFRAGE von GR. PESKA (SPÖ), nach der Realisierung der Hafenausbaukonzepte, beantwortete Stadtrat MAYR (SPÖ): Von den vorsehenden Maßnahmen mit Kosten von 240 Millionen Schilling, ohne Schwerindustrieanlage, sind die Infrastrukturinvestitionen am Nordufer des Pachthafens (20,7 Mio) abgeschlossen. Der 7. und 8. Kaiabschnitt ist weitestgehend fertiggestellt. Der Containerterminal ist ebenfalls fertig, muß jedoch wegen der großen Nachfrage erweitert werden (Kosten Infrastruktur, Nordufer: 71 Mio); drei Viertel der Lagerraumfläche sind fertiggestellt oder in Bau (Gesamtkosten 76 Millionen). Die gedeckte Umschlagseinrichtung am Südufer samt Ausbau des zugehörigen Kaiabschnitts wurde im vergangenen Jahr fertiggestellt (24 Mio). Als erster Schritt zum Ausbau des Hafens wurde die Errichtung der Lagerhalle A mit rund 3.000 Quadratmeter gedeckter Lagerfläche sowie einer gedeckten Umschlagseinrichtung (Aufwand rund 20 Mio) in Angriff genommen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Maßnahmen in nächster Zeit vorgesehen sind, antwortete Mayr: Lösung der Verkehrsprobleme bei der Zollfreizone und Ansiedlung hafenorientierter Lagereinrichtungen, Anlagen für die Schwerindustrie (Verhandlungen laufen), neue Krananlage, Erweiterung des Containerterminals, Gleisumlegungen und -verlegungen sowie Sanierung des zentralen Lagerhauses. In Albern: Grundfreimachung, -aufschließung und -verwertung, stufenweiser Ausbau des Frachtencentrums gemeinsam mit einschlägigen Betrieben, Ortsgüteranlage und Verbesserung der Eisenbahnanschlüsse (mit den ÖBB). Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE antwortete Mayr, daß die Finanzierung (430 Mio) mit 170 Mio Eigenmitteln, 160 Mio aus Absiedlungserlösen, 100 Mio durch die Stadt Wien aufgebracht werden. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

13 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) Nach der Fragestunde setzte der Wiener Gemeinderat seine Sitzung mit der Beratung der vorgesehenen Tagesordnung fort. Es lagen fünf Anfragen der ÖVP und vier der FPÖ vor. Die ÖVP brachte fünf Anträge ein betreffend die Abgeltung von Erschwernissen für Arbeiten in nicht tagesbelichteten Räumen, Anreize für das Umsteigen in die öffentlichen Verkehrsmittel, eine Änderung des Bundesstraßengesetzes, mobile Heilgymnastiker für Behinderte sowie die Vergabe gemeindeeigener Althäuser an Private. Die FPÖ forderte in sechs Anträgen eine verkehrsberuhigte Zone im 23. Bezirk, eine Änderung der Flächenwidmung in einem Teil von Mauer, eine Zeckenschutzimpfaktion in den Wiener Schulen, eine Monatsnetzkarte für Schüler, die Errichtung eines Pensionistenheimes im 5. Bezirk und die Einrichtung einer verkehrsarmen Zone im Bereich des Siebenbrunnenplatzes. Alle Anträge wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen.

Neu in den Wiener Gemeinderat gewählt wurde Franz HAAS (SPÖ). Er tritt an die Stelle von GR. Leopold SCHWARZ (SPÖ). (Forts.)
sei/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Grundstückstausch

=++++

14 Wien, 30.1 (RK-KOMMUNAL) GR. SCHWEDA (SPÖ) beantragte einen Grundstückstausch zwischen der Stadt Wien und der Urbanbau. Durch den Tausch besteht für die Gemeinde die Möglichkeit, im Assanierungsgebiet Wilhelmsdorf Erholungs- und Parkflächen und ein Pensionistenheim zu errichten.

GR. GLÜCK (ÖVP) begrüßte den Tauschvertrag, da nun echte Hoffnung auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen in diesem alten Viertel Meidlings besteht. Allerdings hat die SPÖ einen entsprechenden Antrag der ÖVP in der Meidlinger Bezirksvertretung noch im Jahr 1980 abgelehnt.

GR. SCHWEDA erklärte in seinem Schlußwort, daß die Bestandsaufnahme in Wilhelmsdorf erst vor kurzem abgeschlossen wurde. Erst jetzt ist der Zeitpunkt zu konkreten Planungsüberlegungen gekommen. Der Erwerb des Grundstückes bietet beste Voraussetzungen für diese Überlegungen.

ABSTIMMUNG: EINSTIMMIG angenommen. (Forts.) sei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Stromtarife

=++++

15 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat NITTEL (SPÖ) beantragte eine Erhöhung der Strompreise ab 1. Jänner 1981 um durchschnittlich 7,2 Prozent. Der Antrag beruht auf unabdingbaren finanziellen Notwendigkeiten. Die Rohenergiekosten sind sprunghaft gestiegen, allein in den ersten zehn Monaten des Jahres 1980 betrug die Erhöhung der Bezugspreise für Heizöl und Gas 44 Prozent. Nittel betonte, daß bei der nunmehrigen Tarifregelung nur die gestiegenen Rohenergiekosten - die sogenannten "Brennstoffkostentangente" - Berücksichtigung fanden, nicht jedoch alle anderen ebenfalls gestiegenen Kostenfaktoren. Auch neuerliche Kostensteigerungen auf dem Rohenergiesektor, die Ende 1980 eingetreten sind, wurden noch nicht berücksichtigt.

GR. Dipl.Ing.Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) wies darauf hin, daß die umweltfreundliche Energie Strom mit einem "unfreundlichen" Mehrwertsteuersatz belegt worden ist. Die Mehrwertsteuer wurde von 8 auf 13 Prozent hinaufgesetzt. Es fehlen aber, sagte Pawkowicz, entsprechende Schritte der Gemeindeverwaltung zur Steuerung des Energieverbrauchs sowie wirksame begleitende Überlegungen, wie man die Abhängigkeit von den ausländischen Lieferanten minimieren kann. Im umgekehrten Sinn habe man früher die Konsumenten zu einem erhöhten Stromverbrauch animiert, was dazu geführt hat, daß heute mehr als 100.000 Haushalte nur mit Strom versorgt werden und nicht auf andere Energieträger ausweichen können. So seien die Besitzer von Elektronachtspeicheröfen schon als Opfer eines verfehlten Energiekonzeptes zu bezeichnen. Der Nachtstromtarif steigt um mehr als 22 Prozent. (Forts) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Ult.: Stromtarife

=++++

16 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) Pawkowicz kritisierte, daß auch bei Energiewirtschaftlich interessanten Vorhaben Preissteigerungen vorgenommen werden. So steige der Arbeitspreis des Versuchstarifes für Wärmepumpen im gleichen Maß wie für die Direktbeheizung. Der Anwendungsbereich von Wärmepumpenanlagen steige ständig, doch sei ein entsprechendes Entgegenkommen seitens der Stadtverwaltung notwendig. Auch der Arbeitspreis im Versuchstarif für Heißwasserspeicher in Verbindung mit Sonnenkollektoren werde angehoben, kritisierte Pawkowicz. Er erhob den Vorwurf, daß die Tarifgestaltung den energiepolitischen Zielsetzungen unserer Zeit nicht Rechnung trage, im Gegenteil, sie laufe den energiepolitischen Notwendigkeiten zuwider. Die FPÖ werde daher dem Antrag auf Erhöhung der Strompreise in der vorliegenden Form nicht zustimmen. (Forts.)
ger/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Stromtarife

=++++

17 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm AMMANN (ÖVP) sagte, in Wien gebe es zwar seit 1974 Bekenntnisse zu einer Tarifreform der Energiepreise, in der Praxis sei es jedoch bei einer Tarifmechanik geblieben. Die überproportionale Steigerung der Nachtstrompreise und des HSV-Tarifs (Sondervereinbarung für Haushalte mit Elektroküche) treffe besonders Haushalte mit einschienigem Energieanschluß und Nachtstromheizungen. Die Mehrwertsteuer auf Strom beträgt nun bereits 13 Prozent und werde möglicherweise bald 18 oder gar 30 Prozent betragen, sagte Ammann, womit der Strom als Luxusgut deklariert wäre. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Energie hätte zumindest Hand in Hand mit einer Zweckbindung für wichtige Investitionen auf dem Energiesektor gehen müssen. Bezüglich der Tarifierhöhung stellte Ammann den ABÄNDERUNGSANTRAG, den Arbeitspreis nach dem HSV-Tarif statt um 12 nur um sieben Groschen pro Kilowattstunde und den Nachtstrompreis statt um 10 um 5 Groschen zu erhöhen. Bei Annahme dieses Abänderungsantrages werde man dem Tarifantrag zustimmen. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Stromtarife

=++++

18 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) Insgesamt vermisse er sowohl beim Bund wie auch bei der Stadt Wien eine effektive Energiepolitik, erklärte Ammann weiter. In Fragen der Forcierung energiesparender Technologien, eines Verkehrsverbundes oder des Park-and-Ride-Systems sei kein Fortschritt zu sehen. Das Energiekonzept der Stadt Wien gehe noch immer von Voraussetzungen aus, die auf dem Energiesektor nicht mehr gegeben seien. Man müsse sich endlich zu politischen Entscheidungen und konkreten Maßnahmen auf dem Energiesektor entschließen. So solle man verschiedene Tarifmodelle durchrechnen. Einen Grundpreis solle es nur mehr für besondere Energiefresser geben, ansonsten solle nur der Arbeitspreis berechnet werden.

In dieser Linie stellte Ammann den BESCHLUSSANTRAG, eine Tarifstrukturreform bei den Energieunternehmen der Gemeinde Wien auszuarbeiten. Dabei solle sowohl die Möglichkeit des Energiesparens wie auch die soziale Komponente berücksichtigt werden. Insgesamt solle die Reform aufkommensneutral sein. Es gelte nicht, Energieaskese zu predigen, schloß Ammann, sondern der Energievergeudung den Kampf anzusagen. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Stromtarife

=++++

19 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) Die Unübersichtlichkeit auf dem Abrechnungsformular für Strom und Gas kritisierte GR. HAMPEL-FUCHS (ÖVP). Auf dem Rechnungsabschnitt steht ein "Zahlenwirrwarr" von 90 bis 100 Zahlen, mit denen der Normalbürger zumeist nichts anzufangen weiß. Ältere Menschen können die kleingedruckten Zahlen oft gar nicht lesen. In einem Vier-Farben-Kunstdruck werden die Jahresabrechnungen zwar erläutert, die Erklärung für Ausdrücke wie "Mischpreis" fehlt jedoch. Namens ihrer Fraktion beantragte Hampel-Fuchs, daß das Abrechnungsformular bei Strom und Gas für den Verbraucher leicht lesbar und verständlich gestaltet wird.

Mit den Mahnungen sind die E-Werke schnell zur Stelle, für Guthaben werden jedoch keine Zinsen verrechnet. Immer mehr Menschen können bei den horrend steigenden Tarifen ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen. Die SPÖ hat einen ÖVP-Antrag auf eine Zuschuß zur Strom- und Gasrechnung für ärmere Menschen abgelehnt. In nächster Zeit sollen Monteure die Elektrogeräte in den Wohnungen überprüfen. In der Informationsschrift der E-Werke steht aber nichts davon, daß sich der Monteur auszuweisen hat. Für die Sicherheit der Bevölkerung ist dies ein schwerwiegenden Unterlassungsfehler. Bei der Strom- und Gasversorgung hat die öffentliche Hand eine monopolistische Stellung und hat damit gleichzeitig die Verpflichtung, den Konsumenten als gleichwertigen Partner und nicht als Untertan zu behandeln. (Forts.)
ba/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Stromtarife

=++++

20 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) GR. HIRSCH (SPö) wies eingangs als zuständiger Zentralbetriebsratsobmann die Vorwürfe von GR. Maria Hampel-Fuchs (öVP) zurück und betonte unter anderem, daß für die Monteure absolute Ausweispflicht besteht. Härtefälle durch erhöhte Energiekosten wurden bisher immer von den Sozialämtern betreut. Würde man für Guthaben Zinsen ausschütten, müßte man solche auch für Schulden einheben. Zu GR. Dr. PAWKOWICZ (FPö) gewandt, verlangte er Beweise dafür, daß die Stadt Wien jemals Reklame für Nachtspeicherheizungen gemacht habe. Bezugnehmend auf GR. AMMANN (öVP) verlangte Hirsch, daß man fairerweise auch die tatsächlichen Kosten nennen muß, wenn man von den prozentuellen Erhöhungen spricht. Die Relation zwischen Nacht- und Normalstrom habe sich ein wenig verschlechtert, aber es gebe eben kein "Nachtal" mehr wie vor zehn Jahren. Er verwies darauf, daß die Kosten auch bei den öVP-dominierten Landesgesellschaften gestiegen sind, dort jedoch auf keine Schwierigkeiten gestoßen sind, und daß die Einstandskosten der Primärenergie außerhalb der Einflußmöglichkeiten Österreichs liegen.

Er warnte davor, den progressiven Tarif kurzfristig einzuführen, weil dadurch unter Umständen kinderreiche Familien benachteiligt würden. Ein Vergleich des Durchschnittslohns zum Kilowatt-Preis ergibt, daß zwischen 1970 und 1979 weniger Arbeitszeit für den Kauf eines kW notwendig war, 1980 gab es eine Stagnation, und heuer wird ein geringes Ansteigen verzeichnet. Wir müssen heuer und in den nächsten Jahren weiter mit höheren Energie-Einstandspreisen rechnen, und mit Demagogie seitens der öVP sei es schwierig, dieses Problem zu lösen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Stromtarife

=++++

21 Wien, 30.1, (RK-KOMMUNAL) Eine Fortschreibung des Energiekonzeptes 1978 auf den aktuellen Stand forderte GR. Dkfm.Dr. Maria SCHAUMAYER (ÖVP). Für die nächsten Jahre müßte man eine offensive Strategie verfolgen, da vor allem beim Strom trotz des Energiesparens mit Zuwächsen zu rechnen ist. Die Wiener E-Werke müßten eine Beteiligung an zwei Donaukraftwerken im Wiener Raum in Erwägung ziehen. Solche Gemeinschaftskraftwerke könnten das derzeitige Monopol der Oststaaten etwas abschwächen. Durch die sozialistische Politik wird diese Monopolsituation jedoch noch verschärft. Lineare Tariferhöhungen und eine höhere Mehrwertsteuer auf Energie sind gewiß kein Beitrag zur Versorgungssicherheit in Österreich. (Forts.) sei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Stromtarife

=++++

22 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) Zu verschiedenen ÖVP-Vorschlägen zur Tarifpolitik im Bereich Energie und Verkehr nahm GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) Stellung. Der Ausbau des Fernwärmenetzes bedeutet keine Risikostreuung, sagte Riedler, weil auch dafür der Einsatz von Rohenergie notwendig ist. Wenn alle Anträge der ÖVP zur Zweckbindung von Steuern angenommen worden wären, gäbe es überhaupt keine Budgetfreiheit mehr. Riedler stellte fest, daß Bürgermeister GRATZ bereits den Auftrag zu einer Neugestaltung der Tarifstruktur gegeben hat. Die Vorsorgepolitik der städtischen Energieversorgungsunternehmungen bewährt sich, es gibt trotz der schwankenden Erdgaslieferungen keinen Energiemangel. Wir denken voraus, sagte Riedler, während die ÖVP immer wieder "umdenkt". So wurde einmal eine Tarifsenkung bei den Verkehrsbetrieben verlangt, 14 Tage später hieß es dann: keine Erhöhung des Tages- und Vorverkaufsfahrscheines! Mit Tarifpolitik allein kann man keine Verkehrspolitik machen, betonte Riedler. Das Auto hat auch eine psychologische Dimension. Vizebürgermeister BUSEK fährt sogar mit dem Auto zur Teilnahme an einer Anti-Flötzersteig-Demonstration.

Der Wegfall des Grundpreises bei gleichzeitiger Einführung einer Mindestabgabemenge, wie es von der ÖVP vorgeschlagen wurde, würde bei einer durchschnittlichen Wohnung zu einem Mehrverbrauch von 20 Kw-Stunden monatlich führen.

Vor wenigen Jahren trat die ÖVP für die Nutzung der Kernkraft ein, heute ist sie dagegen. Die doppelböckige Politik der ÖVP trug dazu bei, daß wir heute bei der Energieversorgung vor Problemen stehen, deren Lösung große Anstrengungen erfordert. Die ÖVP betreibt eine opportunistische Politik. Wir haben keine Freude mit der Strompreiserhöhung, schloß Riedler, werden ihr aber zustimmen, weil wir die Notwendigkeit sehen und Verantwortung tragen. (Forts.)
ger/sr

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Stromtarife

=++++

23 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister BUSEK (ÖVP) sagte, seine Hoffnung auf eine konstruktive Debatte zu Energieproblematik sei enttäuscht worden. Dies sei um so schlechter, weil man sich nun endlich um eine grundsätzliche Umorientierung kümmern müsse, um in einer Zeit politischer und ökonomischer Schwierigkeiten auf diesem Gebiet einen gewissen Spielraum zu wahren. Gerade auf dem Gebiet der Energiepolitik halte er die Arbeit von Stadtrat Nittel für nicht sehr effektiv und die Bundespolitik entpuppe sich aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung ohne Einbindung wichtiger

Investitionsmaßnahmen als reine Fiskalpolitik. Andere Bundesländer wie Salzburg haben bereits neue Tarifmodelle ausgearbeitet, die der geänderten Situation Rechnung tragen. Die Funktion von Tarifen sei ja schließlich auch eine politische, da über die Tarife bestimmte Verhaltensweisen gesteuert werden können. Es sei daher problematisch, bei einer reinen Tarifmechanik zu bleiben, wenn es gelte, das Energiesparen zu fördern und auf dem Sektor des Verkehrs eine Umorientierung zugunsten des öffentlichen Verkehrs zu erreichen. Neben der Sicherung der Grundbedürfnisse für alle sollte eine neue Tarifordnung daher einen Anreiz zum Sparen bieten und eine Progression für Energieverschwendung beinhalten. Allmählich sollte über die Tarife eine Umrüstung auf Spartechnologien erreicht werden.

Zur Frage der Kernkraft sagte Busek, es stehe der SPÖ frei, das Atomsperrgesetz mit ihrer Mehrheit im Parlament aufzuheben, wenn sie glaube, daß Zwentendorf sicher sei. Dem Vorwurf, die ÖVP sei nicht zur Zusammenarbeit bereit, hielt er entgegen, die ÖVP sei bereit, Mitverantwortung zu tragen, wenn sie in die Entscheidungsprozesse miteinbezogen werde. Dies sei aber selten der Fall. (Forts.) gab/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Stromtarife

=++++

24 Wien, 30.1 (RK-KOMMUNAL) Wenn die ÖVP den Strom- und Gastarifen nicht zustimmt, so beweise das opportunistisches Vorgehen, stellte Stadtrat NITTEL (SPÖ) in seinem Schlußwort fest. In Niederösterreich wurden die Tarife mit Zustimmung der ÖVP teurer. Im Wiener Rathaus wird gegen eine Erhöhung polemisiert und dagegengestimmt. In einer Situation, in der die E-Werke mit Erhöhungen des Ölpreises von 85 Prozent pro Jahr fertig werden müssen, wird von einem ÖVP-Redner in einem Nebensatz bemerkt, daß man die Erhöhung des Ölpreises nicht leugnen könne. Eine Zusammenarbeit mit der ÖVP ist in dem Augenblick hinfällig, wenn es um Abstimmungen und um die Wählergunst geht. Als weiteres Beispiel nannte Nittel die Aussagen von Vizebürgermeister Busek zum Ausbau des Autobahnnetzes von Wien. Als es bei der Donau-Ufer-Autobahn mit den Absiedlungen Schwierigkeiten gab, war die ÖVP gegen den Bau der Autobahn. Jetzt ist sie dafür. Zum Energiekonzept stellte Nittel fest, daß es als Grundlagenarbeit von 1978 nicht unverändert auf 1981 übertragen werden kann. Dazu ändern sich die Voraussetzungen zu rasch. Alle energiepolitischen Überlegungen gehen davon aus, daß in Zukunft noch mehr Energie verbraucht wird. Die Energie ist vorhanden, sie wird jedoch immer teurer. Im Energieunterausschuß ist das Problem des Nordeegases ausführlich besprochen worden. Die Errichtung eines zweiten Blockkraftwerkes bringt Probleme mit sich, die nicht von heute auf morgen gelöst werden können. Während der Zeit der ÖVP-Regierung ist der Ausbau der Donaukraftwerke gebremst worden. Bei den vier Ausbaustufen wird die Stadt Wien mit 10 Prozent der gewonnenen Energie beteiligt sein. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Stromtarife

=++++

25 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) Bei der Debatte um die konkreten Standorte wird es jedoch zu Diskussionen mit den Umweltschützern kommen, sagte Nittel. Zum Park-and-ride-Problem ist festzustellen, daß dafür Freiflächen ausgewiesen wurden, diese Flächen jedoch in der Praxis nicht leerstehen. Stadtrat Nittel stellte fest, er habe die Hoffnung auf ein sachliches Gespräch mit der ÖVP fast aufgegeben. Die Unterlagen, die der Opposition zur Verfügung gestellt wurden, sind nicht zur Bereinigung von Sachfragen, sondern für demagogische Zwecke benützt worden. Ähnlich zwiespältig ist die Haltung der ÖVP zum öffentlichen Verkehr. Verlangt wird die Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs, das Verkehrskonzept mit seinen konkreten Vorschlägen dazu, wurde jedoch ohne ÖVP-Stimmen beschlossen. Dort wo es um konkrete Maßnahmen zur Beschleunigung geht, wie zum Beispiel bei den Schwellen auf der Mariahilfer Straße, erhebt die ÖVP Einspruch. Auch hier werden wichtige Sachfragen von der ÖVP zu Gunsten einiger Wählerstimmen zurückgestellt. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Subventionen

=++++

26 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) Eine Subvention von 14,1 Millionen Schilling für den Verein Wiener Jugendkreis, beantragte GR. HANKE (SPÖ). In diesem Zusammenhang berichtete GR. HOLUBARZ als Obmann des Wiener Jugendkreises über die Tätigkeit und gab einen Überblick über geplante Aktionen. Er wies darauf hin, daß im vergangenen Jahr bei zahlreichen Aktionen insgesamt eine Million Besucher gezählt wurden. Spitzenreiter war das Ferienspiel mit 250.000 Teilnehmern. Im heurigen Jahr werden die bisherigen Aktivitäten fortgesetzt, zusätzlich will man dem Jahr der Behinderten Rechnung tragen, Breitenschach forcieren, eine Dokumentationsbroschüre über Jugendzentren herausgeben, ein internationales Symposium über Ferienspiele in Europa abhalten, den Jugendaustausch mit der BRD, Ungarn und Südtirol pflegen und Schülerclubs für fremdsprachige Kinder einrichten. Auch für die zum Wochenende beginnenden Semesterferien sind zahlreiche Veranstaltungen geplant.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Eine Subvention von 35,968.000 Schilling für den Verein "Jugendzentren der Stadt Wien", beantragte GR. HOLUBARZ (SPÖ). In diesem Zusammenhang kritisierte GR. PROCHASKA (ÖVP) die Gebarung des Vereins und ihm zu gering erscheinende Möglichkeiten zur Information. Den Vorwürfen des Rechnungshofes sei zu wenig Beachtung geschenkt worden. GR. HANKE (SPÖ) gab in seiner Wortmeldung einen Überblick über das 20jährige Bestehen des Vereins und kündigte den Ausbau der Jugendzentren von bisher 20 auf 24 an. Zum Nachweis einer ordnungsgemäßen Gebarung legte er eine umfangreiche Broschüre vor und wies darauf hin, daß es zum Protokoll der Sitzung keinen Einwand und keine Frage gegeben habe. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Subventionen ~~der Volkshilfen~~

=++++

27 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) GR. PROCHASKA (ÖVP), den GR. HANKE der Unwahrheit geziehen hatte, kritisierte nochmals das Fehlen detaillierter Kostenaufstellungen - die auch das Kontrollamt vermißt habe - und die Tatsache, daß ein, wie er sagte, schlecht qualifizierter Leiter eines Zentrums nun mit der Ausarbeitung einer Projektstudie beauftragt wurde. Er bemängelte, daß vom Vorstand nie die Probleme zur Diskussion gestellt werden. In seinem SCHLUSSWORT ersuchte GR Holubarz im Interesse des Dialogs mit der Jugend um Konsens. Das Geld solle verwendet werden, um das Leben in den Jugendzentren weiterhin attraktiv zu gestalten.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen. (Forts.)
and/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Subvention Wiener Volksbildung

=++++

28 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) GR. MRKVICKA (SPÖ) beantragte als Berichterstatter, dem Verband Wiener Volksbildung eine Subvention in der Höhe von 40,2 Millionen zu gewähren.

GR. WIESINGER (SPÖ) erklärte, daß die Stadt Wien in den letzten zehn Jahren rund 500 Millionen Schilling für die Wiener Volksbildung zur Verfügung gestellt hat. Im gleichen Zeitraum leistete der Bund bloß 20 Millionen. Eine höhere finanzielle Beteiligung des Bundes wäre wünschenswert.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) sei/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Heuberg

=++++

29 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPÖ) beantragte die Verhängung einer zeitlich begrenzten Bausperre für den Bereich Heuberg im 17. Bezirk.

Wir betrachteten den Stadtteilentwicklungsplan Heuberg als echte Chance für eine Planung im Sinne der Bürgerbeteiligung, sagte GR. Dr. PETRIK (ÖVP). Die Realität ist aber anders. Was sich hinter den Kulissen abgespielt hat, hat mit Demokratie oft nichts zu tun. Die Wünsche der Bewohner wurden vielfach nicht berücksichtigt. Es kam zu einer Verunsicherung in der Bevölkerung, die kein Vertrauen in die Planung hat. Der redlich gemeinte Versuch des Planungsstadtrates, die Bevölkerung zu informieren, wurde durch die Desorganisation der sozialistischen Bezirksmandatäre zu einem Fiasko.

Das Schutzhaus Heuberg, in dem die Informationsveranstaltung stattfand, war hoffnungslos überlastet. In Sachen Heuberg ist es nicht zu spät, meinte Dr. Petrik. Er appellierte an Stadtrat Wurzer, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Bisher wurden die Menschen in dieser an sich positiven Angelegenheit vor allem verunsichert.

GR. Rosa HEINZ (SPÖ) stellte fest, daß zu der Veranstaltung im Schutzhaus Heuberg jene Personen eingeladen wurden, die bei der vergangenen Ausstellung Fragebögen ausgefüllt hatten. Man mußte für diese Veranstaltung ein Lokal in unmittelbarer Nähe nehmen, ein anderes als das Schutzhaus, das rund 190 Personen faßt, steht nicht zur Verfügung. Es wurde eindeutig die Bereitschaft erklärt, weitere Informationsveranstaltungen abzuhalten. Den Vorwurf der Desorganisation wies Heinz zurück. Das letzte Wort über die Widmung am Heuberg ist noch nicht gesprochen, die Detailprobleme werden weiter mit der Bevölkerung diskutiert. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Heuberg

=++++

30 Wien, 30..1. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat WURZER (SPÖ) betonte, er sehe im Interesse der Bevölkerung an der Mitsprache einen großen Erfolg. In den zuständigen Magistratsabteilungen sei auch versucht worden, die geäußerten Wünsche, zu berücksichtigen. Die strittige Frage drehe sich um die Widmung Kleingarten- oder Gartensiedlungsgebiet. Dazu seien Planungsvorschläge zur Diskussion gestellt worden, was aber noch keine Flächenwidmung bedeute. Insgesamt sei jedoch dieser erste Versuch der vollen Information und der Mitbestimmung der Bevölkerung positiv zu sehen und dieser Weg weiter zu gehen.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) sprach sich in einer weiteren Wortmeldung ebenfalls prinzipiell für diesen Weg aus. Allerdings sei die sozialistische Bezirksorganisation in Hernals nicht in der Lage gewesen, diese Aktion organisatorisch und methodisch mitzutragen.

GR. ARTHOLD (ÖVP) sagte, man müsse vor allem trachten, die Bevölkerung bei derartigen Fragen objektiv zu informieren. Da die vorherige Information hier nicht funktioniert habe, sei bei den Betroffenen Unruhe entstanden.

GR. BROSCHE sagte im Schlußwort, daß teilweise Umwidmungen gewünscht werden, teilweise nicht. Es müsse der Weg des größtmöglichen Erfolges für die Bevölkerung gesucht werden.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan

=++++

31 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPÖ) beantragte eine Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes zwischen Favoritenstraße und Gudrunstraße zur Errichtung einer Garage und von Büroräumen.

GR. ARTHOLD (ÖVP) kritisierte die Standortwahl der Garage und plädierte für eine Verlegung in die Pernerstorfergasse. Die geplante Schule soll statt dessen in der Erlachgasse errichtet werden. 1973 seien rund um den Fußgängerbereich 3.200 Parkplätze versprochen worden. Derzeit gibt es jedoch nur die Reumannplatzgarage mit 800 Parkplätzen. Das Parken rund um die Fußgängerzone wird besonders an den Einkaufssamstagen zum Problem. Die Falschparker werden reihenweise gestraft, die Folge sei ein Ausweichen der Käufer nach Niederösterreich.

Die Garagenwidmung sei bereits 1974 einstimmig für diesen Platz beschlossen worden, stellte GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) fest. Bei der neuerlichen Widmung gehe es nur darum, daß ein Gewerbeunternehmen zusätzlich Büroräume errichten kann. Der Fachbeirat und die Interessensvertretungen haben die Widmungsänderung positiv begutachtet. Die Gründe für die Ablehnung des Antrages durch die ÖVP seien daher nicht einzusehen. Die neue Garage wird außerdem nur hundert Meter von der U-Bahn-Station Keplerplatz liegen, so daß das Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel attraktiv wird.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen. (Forts.)

ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Subvention für sturmgeschädigte Gartenbaubetriebe

=++++

32 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) Die Gewährung einer Subvention von insgesamt 1,2 Millinen Schilling für sturmgeschädigte Wiener Gartenbaubetriebe beantragte Stadtrat VELETA (SPÖ) in Vertretung von Stadtrat MAYR. Bei den orkanartigen Stürmen am 3. Jänner waren 400.000 Quadratmeter Kunststofffolien von Folientunnels und Kunststoffgewächshäusern mit einem Schaden von rund 3,6 Millionen Schilling unbrauchbar geworden. Die Stadt Wien leistet einen Kostenzuschuß von drei Schilling pro Quadratmeter. GR. JEDLETZBERGER (ÖVP) schilderte die Probleme, die den Erwerbsgärtnern durch den Sturm entstanden waren (Gesamtschaden 20 bis 25 Mio S) und würdigte die prompte Bereitschaft von Stadtrat Mayr zur Hilfe. Nun sollen demnächst auch Zuschüsse durch die Stadt Wien zu energiesparenden Investitionen erfolgen. Jedletzberger verlangte die Wiedereinführung des Gewichtszolls, um die Nachteile gegenüber den Holland-Blumenmärkten zu kompensieren. Stadtrat Veleta unterstrich abschließend nochmals das Verständnis der Stadt Wien für die schwierige Situation der Erwerbsgärtner.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Landschaftsrahmenplan für Wien

=++++

32 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) beantragte als Berichterstatter, daß ein Landschaftsrahmenplan für Wien und ein Landschaftsplan für den 21. und 22. Bezirk ausgearbeitet werde. Die Kosten betragen 4,7 Millionen.

GR. DALLER (ÖVP) erklärte, daß es in den letzten Jahren zu größeren Verlusten an landwirtschaftlichen Nutzflächen in Wien gekommen ist. In Zukunft sollte eine schädliche Siedlungsausweitung unterbleiben.

Im SCHLUSSWORT erklärte GR. Oblasser, daß auch die Sozialisten für die Erhaltung der landwirtschaftlichen Gebiete eintreten.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen (Forts.) sei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Holding-Rechnungshofbericht

=++++

34 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat VELETA (SPÖ) legte den Rechnungshofbericht über die Prüfung der Gebarung der Wiener Holding in den Jahren 1974 bis 1977 zur Kenntnisnahme vor.

Der Rechnungshof hat die seinerzeitige Entscheidung, eine Eigentümer-Holding in der Rechtsform einer Ges. m. b. H. zu bilden, kritisch beurteilt, sagte GR. HIRNSCHALL (FPÖ). Der Stadtsenat wies diese Kritik unter Hinweis auf den einstimmigen Gemeinderatsbeschluß zurück. Auf Grund der Erfahrungen seit 1974 bekennen wir uns zu der Organisationsform der Eigentümer-Holding, die sich durchaus bewährt hat, sagte Hirnschall. Sie hätte aber auch in der Rechtsform der Aktiengesellschaft konstituiert werden können. Die Kritik des Rechnungshofes ist als Kritik an der unvollständigen Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen und Alternativen für die Organe des Gemeinderates grundsätzlich gerechtfertigt.

Der Hinweis des Rechnungshofes, die Heizbetriebe im Rahmen der Wiener Stadtwerke zu führen, ist vernünftig. Berechtigt ist auch die Kritik an einer Meinungsumfrage über das Image und den Bekanntheitsgrad der Holding, die um 86.000 Schilling in deren Auftrag durchgeführt wurde. Eine solche Meinungsumfrage ist überflüssig.

Hirnschall ging auf einige kritische Bemerkungen des Rechnungshofberichtes ein: So wurden von der Messe AG ohne Voreingehmigung Investitionen in der Höhe von 20,6 Millionen Schilling durchgeführt. Bezüglich der Ausbaupläne der Hafengesellschaft mahnt der Rechnungshof zu größter Vorsicht.

Zusammenfassend attestiert der Rechnungshof der Holding, in den Jahren 1974 bis 1977 keine schlechte Arbeit geleistet zu haben. Dies darf jedoch nicht Anlaß dafür sein, die ernstesten Anregungen des Berichtes auf die leichte Schulter zu nehmen. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Holding-Rechnungshofbericht

=++++

35 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) empfahl, einige Vorschläge des Rechnungshofberichtes zur Kenntnis zu nehmen. So sollen liquide Mittel der Holding zur Entlastung ihrer Töchter verwendet werden und die Gesellschaften auf ihre Zielsetzung im öffentlichen Interesse überprüft werden. Insgesamt stellte Wöber fest, daß der Rechnungshof dem Holding-Management Bemühungen um unternehmerische Akzente bescheinigt habe. Allerdings, so Wöber, könnte die Holding auch kommunalpolitische Erfordernisse wahrnehmen und sich verstärkt im Bereich der Stadthalle, der Stadterneuerung des Garagenbaus oder der Betriebsansiedlung engagieren, um die Stadtfinanzen zu entlasten. Ein überflüssiges Engagement sei hingegen die Beteiligung am Mödlinger Kino gewesen, bei der parteipolitische Gesichtspunkte maßgeblich gewesen seien. Diese nicht den Interessen der Stadt Wien dienende Beteiligung sollte gelöst werden. Die ÖVP nehme den Rechnungshofbericht zur Kenntnis, schloß Wöber. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Holding-Rechnungshofbericht

=++++

36 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) GR. SALLABERGER (SPÖ) stellte fest, daß die Bilanz, die der Rechnungshof über die Holding zieht, recht erfreulich sei. Die Holding habe erfolgreich gewirtschaftet und ihre kommunalpolitischen Zielsetzungen optimal erfüllt. In seinem Bericht gehe der Rechnungshof allerdings auch auf Dinge ein, die er gar nicht überprüft hat, wie zum Beispiel auf das Reisebüro Delta. Die Gründung der Holding Ges. m. b. H. sei im Gemeinderat mit allen Für und Wider diskutiert worden. Das Ziel der Holding sei vor allem die gemeinwirtschaftliche Aufgabe, in zweiter Linie erst die Erwirtschaftung von Gewinnen. Die kommunalen Betriebe haben vor allem dort ihre Bedeutung, wo Privatbetriebe nicht ausreichend tätig werden. Alle anstehenden Fragen werden in der Beteiligungskommission genau unter die Lupe genommen. Die Wiener Holding habe im vergangenen Jahr mehr als zwei Milliarden an Investitionen getätigt und 7.000 Arbeitskräfte beschäftigt. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Holding-Rechnungshofbericht

=++++

37 Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort begrüßte Stadtrat VELETA (SPÖ), daß der Rechnungshofbericht die Tätigkeit der Holding zwischen dem Gründungsjahr 1974 und 1977 positiv beurteilt hat. Das betonten auch die Debattenredner. Er glaube, daß es wohl Aufgabe des Rechnungshofes sei, zu prüfen, ob die Unterlagen vollständig seien, nicht aber, eine Entscheidung des Gemeinderates zu kritisieren. In der Beteiligungskommission werde eine dauernde Überprüfung der kommunalen Aufgaben der Holding sichergestellt. Die Anregungen des Rechnungshofes werden ernst genommen und unter Berücksichtigungen der wirtschaftlichen Notwendigkeiten einer Erledigung zugeführt.

ABSTIMMUNG: EINSTIMMIG angenommen. (Schluß) and/gg

NNNN

Wien in der "RATHAUSKORRESPONDENZ"

Kommunale Mitglieder des Rechnungshofes
Gründungszeit für Wirtschaftsprüfung

Wieder: Bezirksrat von Walfersberg
(1974)